

Kommentare. Berichte. Analysen.

santos®

**BVMU**

www.bvmu.de

September 2022

Der Selbständige

# DIGITAL Mittelstand

Offizielles Organ der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.  
und des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.



MIT-Vorsitzende  
Gitta Connemann:

Moratorium  
soll Mittelstand  
steuerlich und  
von Bürokratie  
entlasten



*Klaus Kelle*



*Dr. Hugo  
Müller-Vogg*



*Dr. Ingo Friedrich*



*Prof. Dr. Fritz  
Vahrenholt*



*Friedhelm Ost*



*Thomas  
Brüggemann*



*Klaus-Peter  
Willsch*

**KLARTEXT**  
statt Cancel Culture

# Christian Lindners Philippika

von Thomas Brüggemann

## Dipl. Ök. Thomas Brüggemann

ist Präsident des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer



Er war erst Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen und seit einem halben Jahr FDP-Bundesvorsitzender, als Christian Lindner in einem Gastbeitrag für den „Tagesspiegel“ ein Ende der EEG-Reform forderte, deren Auswirkungen wir u.a. in Strompreisen erleben, die – salopp ausgedrückt – längst ein weltweites „Spitzenniveau“ erreicht haben. Gestatten Sie das Zitieren einiger Äußerungen, die Lindner bereits 2014 anmerkte:

„Das Jahrhundertprojekt Energiewende ist gescheitert. Keines der vereinbarten Ziele wird gegenwärtig erreicht. Der Klimaschutz kommt nicht voran, die Energiepreise steigen, belasten uns als Stromverbraucher genauso wie Industrie und Mittelstand. Nicht zuletzt wird es in den Wintermonaten immer schwieriger, eine sichere Stromversorgung zu garantieren.“

Das Planungsbüro der DDR hätte die Energiewende nicht schlechter konzipieren können: Deutschland hat mit Italien die höchsten Industriestrompreise in der EU – Arbeitsplätze und Investitionen werden zunehmend ins Ausland verlagert. Konventionelle Kraftwerke können

nicht mehr rentabel betrieben werden. Stromanbieter ziehen sich vom Markt zurück. Kohle- und Gaskraftwerke sollen dann staatliche Zuschüsse erhalten. Statt auf Wirksamkeit, bezahlbare Preise und Versorgungssicherheit zu achten, orientiert sich Deutschland einseitig und geradezu religiös überhöht auf den Klimaschutz.“ Soweit Lindner vor bereits acht Jahren.

### Verfahrenere Situation

Dass die von den Bundesregierungen unterschiedlicher Couleur verfolgte Energiepolitik grandios gescheitert ist, lässt sich aktuell leider besser denn je beobachten. Natürlich kommen jetzt die mit dem Ukrainekrieg verbundenen Folgen hinzu, doch die eigentlichen Grundlagen für die jetzt verfahrenere Situation wurden – das ergibt sich aus Lindners Kritik eindeutig – bereits vor dem Jahr 2014 gelegt.

Es sind u.a. der politisch verordnete „Atomausstieg“ und die Ächtung der Kohle, die in Deutschland zu einer immer stärkeren „Gas-Verstromung“ führten. Doch dazu braucht man Erdgas, das vielleicht schon bald nicht mehr in der eigentlich erforderlichen Menge verfügbar sein könnte. Gefragt wäre nun eine pragmatische Energiepolitik, bei der die meisten „Denkverbote“ und außenpolitischen Wünsche auch einmal vor dem Hintergrund einer zukünftig weiter sicheren Energieversorgung hintenangestellt werden sollten. Denn für eine Industrienation wie Deutschland ist Energie das Blut in den Adern der Volkswirtschaft. Kommt es – sinnbildlich gesprochen – hier zu einem Ausbluten, wären die Folgen erheblich und sie würden jeden einzelnen Bürger bis ins Mark treffen. Die derzeit oft und wohl auch gerne diskutierte Frage, ob man als Gegenmaßnahme nicht einfach zwei Minuten kürzer duschen sollte, wirkt vor diesem Hintergrund geradezu zynisch. ■



Besuchen Sie uns  
im Internet unter  
[www.bvmu.de](http://www.bvmu.de)



**JETZT IM APP-STORE  
HERUNTERLADEN**  
» corporate benefits



**BDS  
BVMU**

**corporatebenefits**  
Ihre Mitgliederangebote

Liebes Mitglied,

viele von Ihnen nutzen unsere Mitgliederangebotsplattform <https://www.bds-nrw.de/service.php> bereits aktiv und konnten bei vielen namhaften Anbietern sparen. Wenn Sie noch nicht angemeldet sind, registrieren Sie sich am besten gleich und nutzen Sie die attraktiven Nachlässe.

**Was sind Mitgliederangebote?**

Bekannte Markenanbieter gewähren Ihnen, über die Mitgliederangebotsplattform, dauerhafte Nachlässe auf ihre Produkte und Dienstleistungen in unterschiedlichen Produktkategorien z.B. Auto, Reisen, Mode, Technik und Freizeit.

**So einfach können Sie sich registrieren!**

Vor dem ersten Zugriff ist eine einmalige Registrierung mittels Ihrer E-Mail-Adresse erforderlich.

**Wie können Sie die Angebote nach der Registrierung nutzen?**

Die Mitgliederangebotsplattform können Sie jederzeit von jedem internetfähigen Endgerät oder über die corporate benefits App erreichen. Loggen Sie sich dazu mit Ihrer bei der Registrierung angegebenen E-Mail-Adresse und Ihrem frei gewählten Passwort ein.

**In welchem Rhythmus kommen neue Angebote hinzu?**

Die Plattform wird kontinuierlich um neue Anbieter und Angebote erweitert. Auf Wunsch können Sie einen monatlich erscheinenden Newsletter abonnieren, der Sie jeweils zu Beginn des Monats über die neuen Anbieter und Angebote informiert.

Bei Fragen, wenden Sie sich bitte an Frau Rita Seiler (rita.seiler@bds-nrw.de, Tel: 02301 / 91 96 8 - 19).

Wir wünschen Ihnen viel Freude mit den Mitgliederangeboten.



EINE KLEINE  
AUSWAHL AUS  
ÜBER  
**800**  
TOP-MARKEN



**1** Plattform aufrufen

**2** Einmalige Registrierung mittels E-Mail-Adresse

**3** Sofort attraktive Angebote wahrnehmen

<https://www.bds-nrw.de/service.php>

# Ohne Rücksicht auf Verluste: „Klima-Kleber“ sind gewalttätig und zynisch

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Es ist das gute Recht von Bürgern, auf das aufmerksam zu machen, was ihnen am Herzen liegt – auch lautstark und störend. Unser Demonstrationsrecht schützt selbst solche Formen des Protests, die mit Unannehmlichkeiten für andere verbunden sind, zum Beispiel Staus oder Umleitungen verursachen. Für all das gibt es klare Regeln. Das beginnt schon mit der ordnungsgemäßen Anmeldung solcher Proteste.

Die jungen Leute, die sich „Letzte Generation“ nennen und den „fossilen Wahnsinn“ stoppen wollen, denken jedoch nicht daran, sich an Recht und Gesetz zu halten. Sie wählen bewusst illegale Methoden, indem sie sich mit Sekundenkleber auf stark befahrenen Straßen und Autobahnauffahrten festkleben. Der gewünschte Effekt tritt prompt ein: Riesenstaus und Verkehrschaos. Bis die Polizei die Hände der „Klima-Kleber“ vom Asphalt gelöst hat, vergeht viel Zeit.

Es sieht so aus, als steigere die „Letzte Generation“ zurzeit bewusst ihre aggressiven Aktionen. Schließlich haben der Ukrainekrieg, Inflation und drohende Energieknappheit die Klimapolitik auf der politischen Tagesordnung überholt. Also sollen Öffentlichkeit und Politik mit Gewalt daran erinnert werden, dass eine Klimakatastrophe drohe.

## Anderen den eigenen Willen aufzwingen

Diese sogenannten Aktivisten sprechen von „zivilem Ungehorsam“. In Wirklichkeit sind sie Gewalttäter. Ihre Waffe ist die Blockade. Mit ihr wollen sie anderen Menschen ihren Willen aufzwingen und daran hindern,

zur Arbeit zu fahren, Kinder zur Schule zu bringen, Besorgungen oder einen Ausflug zu machen. So soll eine aufgebrachte Bevölkerung die Politik dazu bringen, die Forderungen der demokratisch nicht legitimierten „letzten Generation“ zu erfüllen.

Es ist diesen Straßenbesetzern gleichgültig, ob Ärzte nicht zu einer Operation können oder Trauernde nicht zu einer Beerdigung, ob ein Blockierter seinen Vorstellungstermin verpasst oder einen wichtigen Geschäftstermin. Die Blockierer fühlen sich allen anderen moralisch überlegen und handeln nach dem Motto, „der Zweck heiligt die Mittel“. Genau diese Haltung legen alle an den Tag, die andere zu einem bestimmten Verhalten zwingen wollen –

von autoritären Regimen bis zu mordenden Terrorgruppen.

Der Klimaschutz, das durchaus berechnete Anliegen der „Letzten Generation“, wird durch deren eigene Rücksichtslosigkeit diskreditiert. Ihr Vorgehen basiert auf dem zynischen, geradezu verkommenen Kalkül, die Opfer ihrer Blockaden würden sich in ihr Schicksal fügen und die Festgeklebten eben nicht gewaltsam von der Straße entfernen, weil das schwere Handverletzungen nach sich zöge. Dass sie sich von wütenden Autofahrern wüste Beschimpfungen anhören müssen, scheinen die Blockierer geradezu zu genießen. Haben sie doch ihr Ziel erreicht: unbeteiligten Menschen das Leben für ein paar Stunden zu erschweren.



Foto: Laurence Chaperon

**Hugo Müller-Vogg** war Mitherausgeber der *FAZ*, *Focus*-Kolumnist und ist gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *Welt* und *Phoenix*

## Doppel moral der Aktivisten

Was für eine Doppelmoral: Ich zwinge dir auf gesetzwidrige Weise meinen Willen auf, aber du hast natürlich auf gesetzwidrige Gegenwehr zu verzichten. Wenn diese „Aktivisten“ schließlich von der Polizei weggeschleift werden müssen, weil sie partout nicht gehen wollen, schreien sie, als würden sie schwer gefoltert. Was für eine erbärmliche Show.

Die „Letzte Generation“ als „Klima-Aktivisten“ zu bezeichnen, verharmlost deren Tun. Es diskreditiert zugleich alle anderen politischen Aktivisten, die sich mit legalen, demokratischen Mitteln Gehör zu verschaffen suchen. Für diese rücksichtslose Truppe passt viel besser der Begriff „Klima-Verderber“. Mit jedem von ihnen verursachten Verkehrsstau erhöhen sie nicht nur den CO<sub>2</sub>-Ausstoß; sie verderben zugleich das politische Klima. Diese „Letzte Generation“ ist das Letzte, was uns in der aktuellen Lage weiterbringt. ■

# Ukrainekrieg: Stresstest für Europa und die westliche Welt

von Dr. Ingo Friedrich

Die Frage aller Fragen lautet derzeit: „Wann und mit welchem Ergebnis endet der Ukrainekrieg?“. Nachdem diese Grundfrage nicht wirklich beantwortet werden kann, müssen trotzdem und erst recht alle im Vor- und Umfeld auftretenden Probleme dieses Krieges einer Lösung zugeführt werden und wir alle müssen auch für den worst case einer lang dauernden, mehrjährigen Auseinandersetzung gewappnet sein.

Da wäre als erstes die steigende Inflation zu benennen. Die Antwort auf diese wahrlich gigantische Herausforderung muss lauten: Der Staat und die Bürger müssen alle Instrumente nutzen und alle Ideen aufgreifen, die eine Eindämmung dieser Geisel versprechen. Dazu zählen seitens des Staates die Zinspolitik, die Unterstützung der Bedürftigen und die Schuldenbegrenzung der öffentlichen Haushalte. Und die Privaten, also die Unternehmen und die privaten Haushalte, müssen alle Sparideen aufgreifen und – individuell angepasst – umsetzen. Die Inflation wirkt „regressiv“, d.h. sie trifft die ärmeren Schichten mehr als den wohlhabenden Teil der Bevölkerung.

Als zweites ist natürlich die Verknappung der Energie zu nennen. Die hier zu treffenden Maßnahmen sind Gegenstand vieler öffentlicher Diskussionen und müssen nicht weiter erörtert werden.

## Psychische Belastung der Bürger

Die Diskussionen darüber, welche politisch-strategischen Maßnahmen (welche Waffen, welche strategischen Güter, u.ä.) den Krieg eher verlängern oder verkürzen, müssen primär in den diplomatischen und internen parlamentarischen Gremien unter Kenntnis geheimdienstlicher Informationen geführt werden. Mit unvollkommener Information zu diesen Themen etwas „Richtiges“ zu sagen ist ziemlich unwahrscheinlich.

Zu wenig öffentlich analysiert, wird dagegen die psychische Belastung der Bürger durch entstehende Zukunftsängste, Sorgen und hohe Erwartungen, die richtigen Entscheidungen jetzt treffen zu müssen. Es entsteht dadurch auch eine intellektuelle Belastung, weil es so schwer zu beurteilen ist, welche Maßnahme jetzt die richtige ist, also z.B. Wärmepumpe oder doch noch Öl, Elektroauto oder nochmal Verbrenner, Sparanlagen in Fonds oder Immobilien, Berufswechsel jetzt oder später, Unternehmensinvestitionen jetzt oder gar nicht mehr, usw. Insgesamt läuft die Situation darauf hinaus, dass praktisch von allen Bür-



**Dr. Ingo Friedrich**

Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D., Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats, Ehrenmitglied des BDS Nordrhein-Westfalen

gern, also von den sog. „Eliten“ wie auch von den „Normalos“ eine immense psychische und geistige Kraftanstrengung abverlangt wird, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht kennen. Es ist sozusagen ein gigantischer Stresstest darüber, ob die westlichen Gesellschaften, also die liberalen Demokratien, überhaupt noch in der Lage sind, eine derart herausfordernde Krisensituation zu bewältigen, zumal noch nicht gesagt werden kann, wann mit einem Ende des ganzen Problems gerechnet werden kann.

Der Staat allein schafft es auf gar keinen Fall. Nur wenn weite Teile der Bevölkerung aller Bereiche aber auch der Medien incl. der sozialen Medien etwa durch seriöse und helfende Informationen mitmachen, ist diese Aufgabe zu meistern. Für Grabenkämpfe alter Art nach dem Motto „allein entscheidend ist meine individuelle Interessenlage“, ist nun wahrlich kein Platz mehr.

In dieser „Testsituation“ steckt – wie bei allen Herausforderungen – aber auch eine Chance, nämlich die Chance einer Erneuerung und Ertüchtigung der westlichen Welt.

## Übertriebene Identitätsdiskussionen

Seien wir ehrlich: Das bisherige Ansehen von Politikern wie Trump, Johnson oder Erdogan war doch kein Zeichen von Zukunftsfähigkeit der westlichen Welt. Umgekehrt waren aber auch die übertriebenen Identitätsdiskussionen bis hin zur Ausladung missliebiger Professoren an den Universitäten und die ganze ebenfalls überzogene Gender- und Sternchendiskussion auch kein Zeichen für eine richtige Prioritätensetzung.

Insgesamt muss in der gesellschaftlichen Diskussion dringend „abgerüstet“ werden und wieder mehr Gelassenheit und Toleranz gegenüber anderen Meinungen geübt werden. Hier bietet der heute von uns allen abverlangte Stresstest die Chance, ein Stück Normalität in die zu heißen und zu persönlich geführten Auseinandersetzungen einzubringen, wenn man erkennt, wo die wirklich wichtigen Probleme stecken. Insbesondere gilt diese Feststellung auch für die bisherige Führungsnation USA! Die dortige fast brutale Spaltung der Gesellschaft verheißt nichts Gutes und muss mit Blick auf die ganze westliche Welt und die Dimension der akuten Probleme überwunden werden.

Hoffen wir, dass wir als Europa und westliche Welt den historischen Stresstest namens Ukrainekrieg bestehen und aus dieser Krise gestärkt und nicht geschwächt hervorgehen. ■

# Immer mehr machen den Laden zu!

von Staatssekretär a.D.  
Friedhelm Ost



Viele Betriebe geben auf. Die Unternehmer tun sich schwer, mit ihren Leistungen ihre Kunden zu bedienen, gegen den Internethandel zu konkurrieren, Personal zu finden und die Kosten zu erwirtschaften. In vielen Regionen gibt es inzwischen kaum noch einen Bäcker, Fleischer, Uhrmacher oder Lebensmitteladen. Sie haben ihre Betriebe geschlossen. Manche machen mit begrenzten Öffnungszeiten noch weiter und schließen an dem einen oder anderen Wochentag, weil sie keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für alle Wochentage finden. Selbst Eisalons und -cafés legen deshalb auch in diesem Sommer Ruhetage ein. Dasselbe gilt für zahlreiche Restaurants und Kneipen, deren Zahl sich in den letzten Jahren stark verringert hat. Nicht wenige Selbständige, Händler, Handwerker und Wirte sind in Rente gegangen und machen ihren Laden dicht, weil sie oft genug keinen Nachfolger finden.

## Ab in die Rente

Die staatliche Förderbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), hat jüngst die Ergebnisse einer Untersuchung veröffentlicht: Danach werden bis zum Jahr 2025 etwa 465.000 mittelständische Unternehmen in unserem Land ihre Geschäftstätigkeit einstellen. Als wesentlicher Grund dafür wurde festgestellt, dass die Eigentümer das Rentenalter erreichen und keinen geeigneten Nachfolger finden. Insbesondere gilt dies für kleine Firmen mit weniger als fünf Beschäftigten. Immerhin sind von diesem „Betriebssterben“ zwei bis drei Millionen Angestellte betroffen.

## Ladensterben in vielen Städten

Betroffen sind von diesen Betriebsschließungen auch Städte und Dörfer. Schon heute ist an vielen Geschäften in den Zen-

tren das Schild „Geschlossen“ zu finden. Nicht wenige Ladenlokale stehen bereits längere Zeit leer. Gab es vor fünf Jahren hierzulande noch über 360.000 Einzelhandelsbetriebe, ist die Zahl inzwischen deutlich unter die Marke von 300.000 gesunken und wird so die Prognose – 2023 gerade noch bei 274.000 liegen. Fast überall sind die Kommunalpolitiker aufgeschreckt. Sie starten verschiedene Initiativen, um ein Aussterben der Innenstädte zu vermeiden, um die Attraktivität der Ortsmittelpunkte wieder zu steigern und um Menschen in die Zentren zu locken. Die Wirtschaftsminister einiger Bundesländer stellen Fördermittel für solche Initiativen zur Verfügung. Bislang zeichnet sich jedoch kaum eine Trendwende ab: Mittlere und kleine Städte wirken oft genug wie ausgestorben – vor allem am späten Nachmittag und frühen Abend. Wo nichts los ist, gehen immer weniger Menschen hin!

## Nachfolger gesucht

Als wichtige Gründe für die Aufgabe von Betrieben hat die KfW in ihrem neuesten Mittelstandspanel folgende Punkte aufgeführt:

- Kein Interesse in der Familie 53 %**
- Rentenalter erreicht 52 %**
- Geschäftssituation verhindert Verkauf 30 %**
- Zu viel Bürokratie 21 %**
- Keine erfolgreiche Nachfolgersuche 17 %**
- Krankheit 7 %**
- Nachfolgeverhandlungen gescheitert 5 %**

Die Perspektiven für unsere Volkswirtschaft und Gesellschaft werden mittel- und langfristig wesentlich ungünstiger. Denn es droht eine deutliche Abnahme derjenigen, die Unternehmer und damit Arbeitgeber werden wollen. Das wird die ökonomische Dynamik verringern und insbesondere die Struktur nachhaltig verän-

dern, wenn so viele Mittelständler aufgeben und immer weniger Menschen den Sprung in die gewiss risikoreiche Selbstständigkeit wagen. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft, sind besonders innovativ als Tüftler und Erfinder, bieten die meisten Arbeitsplätze an und bilden die Vielzahl junger Menschen aus. Ohne sie könnte es eine Erosion unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geben und zu Verlusten bei der Lebensqualität der Konsumenten führen. Zu dem befindet sich auch die Zahl der gewerblichen Existenzgründungen seit Jahren im Sinkflug. 2021 lag sie gerade bei knapp 240.000, zehn Jahre zuvor waren es noch über 400.000, die als Start-up-Firmen ihre Chancen suchten und Risiken wagten. ■



## Friedhelm Ost

leitet die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

# Frieren für den Frieden? Muss nicht sein!

von Klaus Kelle

Die FDP hat eine Diskussion begonnen, ob in Deutschland angesichts der Energiekrise das Verbot der Erdgasförderung durch Fracking aufgehoben werden sollte. Und das ist eine gute Idee. Denn anders als gern – gemischt mit einer gehörigen Portion Antiamerikanismus – kolportiert, handelt es sich bei Anwendung der neuen Technologien gar nicht um „Fracking-Dreck“. Wenn das aber so ist, stellt sich in der Tat die Frage, warum wir Fracking-Gas aus den USA für viel Geld importieren sollten, wenn wir selbst große Erdgas-Vorräte insbesondere in Niedersachsen im Boden haben.

## Erhebliche Entlastung

Das wäre innerhab eines Jahres abbau- bar, und die Vorräte dort in der Erde sind immens und könnten per Frackingver- fahren unproblematisch gefördert wer- den. Das würde bei der Versorgung der deutschen Haushalte und Unternehmen vor dem Hintergrund des russischen An- griffskrieges auf die Ukraine und den Sanktionen gegenüber dem Aggressor zu einer erhebliche Entlastung führen.

## Deutschland als Klimaretter Nummer 1

Ja, warum machen wir das dann nicht, werden Sie fragen. Ganz einfach. Weil unsere Freunde von den Grünen 2017 ein Verbot des Fracking aus Wasser- und Na- turschutzgründen durchgedrückt haben. Deutschland hat eine Menge Gas in der Erde, baut es aber nicht ab, obwohl wir es dringend brauchen. Das ist so, wie mit dem Ausstieg aus der Kohle- und Atom- kraft. Wir brauchen Energie, wollen aber Klimaretter Nummer 1 werden und frieren lieber für den Frieden. Auf der ganzen Welt werden Atomkraftwerke neu gebaut, auch in Europa, in den Niederlanden und Polen und vielen anderen Ländern. Weil Atomkraft effektiv, sauer, sicher und be- zahlbar ist. Und wir? Wollen wir nicht.

Und was genau machen wir, wenn es mit Sonne und Windkraft gerade nicht läuft? Genau: Dann kaufen wir für teures



Focus-Online charakterisiert Klaus Kelle als einen führenden und meinungsstarken konservativ-liberalen Vertreter der schreibenden Zunft. Klaus Kelle ist Herausgeber und Chefredakteur der Online-Zeitung *TheGermanZ* und Initiator des Bürgerforums „Schwarmintelligenz“.

Geld aus genau diesen Ländern Atom- strom. Deutschland ist komplett irre.

Dabei wäre es ganz einfach. Die drei Atomkraftwerke wieder hochfahren, die zum Jahresende abgeschaltet wurden. Restlaufzeiten verlängern und einen Plan für den Bau neuer AKWs machen, die in Zukunft die alten ersetzen können. Deut- sche Technologie, Sie wissen schon. Wir

waren auch mal bei der Atomtechnik führend.

Und dann endlich das Fracking-Ver- bot aufheben, wie die FDP das andenk- t. Die sollen nicht nur andenken, die sollen einfach machen. Und wenn die Grünen nicht wollen, gäbe es auch andere Koali- tionen, um die Energiesicherheit in un- serem Land sicherzustellen. ■



Foto: Tom Peschel

## MIT-Vorsitzende Gitta Connemann: „Hier bin ich komplett bei Ihnen“

*Protest gegen Pläne der Ampel-Regierung – Vermieter sollen Energiekosten ihrer Mieter mittragen – BDS und BVMU: Wo bleibt das Veto der FDP?*

**G**itta Connemanns Wort hat Gewicht in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zeugt vor allem von Mut zur eigenen Meinung. Die gebürtige Ostfriesin ist nicht nur Bundesvorsitzende der mitgliederstarken und einflussreichen „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“, kurz MIT genannt, sondern auch ordentliches Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss von Bundesrat und Bundestag. Dieser besteht aus nur 48 Mitgliedern und stellt das Notparlament im Verteidigungsfall dar. Unter ihrer Federführung hat die MIT in der „Mittelstandsoffensive 22“ Vorschläge erarbeitet, um vor allem den selbstständigen Mittelstand zu stärken.

In einem Gedankenaustausch mit BDS/BVMU-Vorstandsmitglied Anita Schäfer und Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer erläuterte Gitta Connemann die Schwerpunkte ihrer Mittelstandsinitiative, die an zentralen Stellschrauben für Rahmenbedingungen mittelständischer Betriebe ansetzt.

### **Gesetze auf den Prüfstand stellen**

Ziel sei es, den Mittelstand sowohl steuerlich als auch bürokratisch zu entlasten. Nach Connemanns Ausführungen gehören hierzu ein sogenanntes „Belastungsmoratorium“, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen auf den Prüfstand stellt, sowie ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz, das insbesondere Schwellenwerte anheben und Aufbewahrungs- und Meldepflichten verkürzen soll.

In der Steuerpolitik stehe der Abbau der „kalten Progression“ ganz oben auf der Prioritätenliste, unterstrich Gitta Connemann. In der Großen Koalition habe man einen Mechanismus etabliert, den Einkommensteuertarif an die Inflationsrate anzupassen. Allerdings müsse man der GroKo den Vorwurf machen, diesen Automatismus nicht gesetzlich verankert zu haben, merkte Gitta Connemann überaus selbstkritisch an. Dieses Ver-



Foto: Tom Peschel

säumnis führe nun dazu, dass die Ampel diesen Automatismus nun nicht mehr anwende. Deshalb habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf eine entsprechende Initiative der MIT die Forderung gestellt, den seinerzeit praktizierten Automatismus wieder mit Leben zu erfüllen, beziehungsweise gesetzlich zu verankern.

### **Lindners Taschenspielertrick**

In dem Gespräch mit den BDS/BVMU-Vertretern erneuerte die CDU-Politikerin ihre Kritik am zweiten Nachtragshaushalt der Ampelkoalition, den sie als Verfassungsbruch apostrophierte, da – so Gitta Connemann wörtlich – „...der Schuldenklaus der Ampel den Steuerzahler 60 Milliarden Euro kostet“. Ihr Vorwurf: Finanzminister Christian Lindner habe eine Umwidmung von einem Haushaltstitel zu einem anderen Haushaltstitel vorgenommen, ohne dass die entsprechenden Finanzmittel hinterlegt seien. Dies sei jedoch ein Taschenspielertrick, weil die 60 Milliarden Euro de facto eine Neuverschuldung darstellten, aber nicht als solche deklariert werden. Da dies ein klarer Verfassungsbruch sei, habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Normenkontrollklage eingereicht, begründete Gitta Connemann den Gang nach Karlsruhe.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs bat Joachim Schäfer Gitta Connemann, im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Oppositions-

„Der Schuldenklaus der Ampel kostet den Steuerzahler 60 Milliarden Euro.“

„Sozialdemokraten und Bündnisgrüne haben anscheinend ein grundsätzliches Problem mit privaten Vermietern.“

der Ampelkoalition zu stellen, die vorsehen, künftig Vermieter an den Energiekosten ihrer Mieter zu beteiligen, obwohl der Vermieter keinen Einfluss darauf hat, wie seine Mieter den Energieverbrauch steuern. Die Ampel-Koalition wolle anscheinend durch diese Maßnahme – so Schäfer weiter – die Vermieter offenbar nötigen, energiesparende Investitionen zu tätigen. Dieses Unterfangen werde sich aber bei größeren Gebäudekomplexen kaum realisieren lassen, da hier alle Wohnungsinhaber entsprechenden Sanierungsmaßnahmen zustimmen müssten, so Schäfers Einschätzung. Da vor allem mittelständische Unternehmer ihre Altersvorsorge in Form von Immobilien geplant hätten, müsse alles darangesetzt werden, dass die Ampel-Pläne scheiterten, betonte Schäfer.

### **Kein deutliches Veto der FDP**

„Hier bin ich komplett bei Ihnen!“, machte Gitta Connemann ihre Haltung kurz und knapp deutlich. Allerdings gehe sie davon aus, dass die Ampel-Pläne so auch nicht umgesetzt würden, weil sie in der geplanten Form gar nicht zu realisieren seien, wie dies auch die Vermieterorganisation „Haus und Grund“ deutlich gemacht habe. Allerdings wundere sie sich, dass sich die FDP hier noch nicht deutlich zu Wort gemeldet und bei dem geschilderten Vorhaben kein Veto eingelegt hat, während Sozialdemokraten und Bündnisgrüne wohl ein grundsätzliches Problem mit privaten Vermietern hätten, so Gitta Connemanns Einschätzung. Die Leistungen der Vermieter würden diskreditiert, weil nicht gesehen werde, dass gerade die privaten Vermieter nicht nur für bezahlbaren Wohnraum sorgten, sondern auch noch neuen Wohnraum schafften. Wenn aber die private Vermietung zum Verlustgeschäft gemacht würde und es zu einem Ungleichgewicht bei der Risikoverteilung zwischen Mieter und Vermieter

käme, würde das dazu führen, dass es bald keine private Investition zur Erschaffung von weiterem Wohneigentum mehr geben werde. Deshalb sei eine Beteiligung von Vermietern an den Energiekosten ihrer Mieter abstrus, stellte Gitta Connemann klar.

### Ungleichgewicht beim Risiko

Dass die Ampel die Systematik der Risikoverteilung nicht verstanden habe, zeigten nach Gitta Connemanns Worten die Überlegungen von Wirtschaftsminister Habeck. Dessen Pläne sehen vor, dem Vermieter zur Kostendeckung seitens des Staates ein zinsgünstiges Darlehen zu gewähren, wenn sein Mieter die im Preis gestiegenen Energiekosten nicht mehr bezahlen könne. Hinzu komme, dass Mieteinnahmen häufig Altersabsicherungen seien. Somit würde das Konstrukt der privaten Altersvorsorge komplett unterminiert, so die Kritik der CDU-Spitzenpolitikerin. Gitta Connemann wörtlich: „Es ist im Grunde genommen eine Absurdität, wenn der Staat heute schon erkennt, dass es Mieter geben wird, die mit der Zahlung der Energiekosten überfordert sind. In diesem Fall sollte der Staat alles daransetzen, diese Mieter zu entlasten, aber nicht die Belastung auf den Vermieter umwälzen“.

### Kontraproduktive Einbaufolgen

In diesem Zusammenhang sprach BDS/BVMU-Vorstandsmitglied Anita Schäfer einen weiteren Plan der Ampel-Regierung an, nach dem Hausbesitzer ab dem Jahr 2024 nur noch Heizungen einbauen dürfen, deren Heizleistung zumindest zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien abgedeckt wird. So heißt es in einem Papier des Bauministeriums: „Erdöl- und Erdgaskessel, die bis 1996 eingebaut worden sind, dürfen generell nur noch längstens bis 2026 betrieben werden. Für die im Zeitraum von 1996 bis 2023 eingebauten Kessel wird die zulässige Be-



Foto: Tom Peschel



„Eine Wärmepumpe verbraucht bei schlecht gedeckten Häusern und kalten Außentemperaturen sehr viel Strom und heizt in solchen Fällen ineffizient.“

triebsdauer von 30 auf 20 Jahre reduziert“. Neben finanziellen Problemen, vor denen die Mittelständler bei der Realisierung der Ampel-Pläne stünden, kämen auch noch kontraproduktive Einbaufolgen hinzu, erläuterte Anita Schäfer, weil zum Beispiel eine Wärmepumpe bei schlecht gedeckten Häusern und kalten Außentemperaturen sehr viel Strom verbrauche und in solchen Fällen ineffizient heize. Hinzu kämen Lieferprobleme bei den Gasthermen und personelle Engpässe bei den zuständigen Handwerksbetrieben, konnte Anita Schäfer anhand einer durchgeführten BDS-Umfrage bei Sanitär- und Heizungsbetrieben bestätigen.

### Unrealistisches Energiesparpaket

Getoppt würden diese Pläne nur noch durch einen Heizungsscheck, den Wirtschaftsminister Habeck bis spätestens zum Jahreswechsel 2023/24 abgeschlossen sehen will, ergänzte Joachim Schäfer. Habecks Energiesparpaket sieht vor, dass alle Immobilieneigentümer, die ihre Gebäude mit Erdgas heizen, ihre Anlagen mit einem sogenannten Heizungsscheck überprüfen und einen hydraulischen Abgleich vornehmen lassen sollen. Nach Schäfers Worten ist es völlig unrealistisch, in der vorgegebenen Zeit 20 Millionen Heizungen zu optimieren.

Gitta Connemann sagte zu, die Argumente der BDS/BVMU-Vertreter gewissenhaft zu prüfen

und vertiefende Informationen über die Pläne der Ampelregierung einzuholen. Für sie habe allerdings eine verantwortungsvolle Oppositionspolitik Priorität. Oppositionspolitik bedeute für sie nicht, aus reinem Spaß alles zu kritisieren, sondern zu prüfen, „was vernünftig, machbar und realisierbar ist“. Sie verstehe ihre Aufgabe als Mittelstandspolitikerin vor allem darin, auf Unmöglichkeiten hinzuweisen und Änderungsanträge einzubringen.

### Belastbares Vorsorgeszenario

Konstruktive Oppositionspolitik bedeute aber auch, wenn notwendig ein klares Signal Richtung Bundesregierung zu setzen, hob Gitta Connemann hervor und kritisierte zugleich, „dass es keine Planungssicherheit mehr gibt – sowohl bei der galoppierenden Inflation als auch bei den Energielieferungen“. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe die Bundesregierung daher gebeten, ein belastbares Szenario aufzuzeigen. Zu den Vorsorgeszenarien gehörten nach ihrer Ansicht eine Verlängerung der Laufzeit bei den noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken, aber auch die Wiederinbetriebnahme der drei vom Netz genommenen Kernkraftwerke, da so eine Sicherstellung von 10 bis 12 Prozent des Strombedarfs garantiert sei. Außerdem sei aktuell die Erzeugung von Biogas auf 2,7 Millionen kW/h gedeckelt. Würde es hier zu einem Umdenken kommen, könnten die Biogasanlagen ohne Weiteres grundlastfähiges Gas erzeugen. Was die Förderung von Öl und Gas angehe, so kritisierte sie die ideologischen Denkverbote in Deutschland, unterstrich Connemann. Außerdem gelte es, bürokratische Hemmnisse zu beseitigen, um den Umbau zu erneuerbaren Energien zügiger voranzubringen. Es könne nicht angehen, dass – wie sie jetzt gehört habe – ein Betrieb in Bayern auf die Erteilung des für den Umbau eines Trafos erforderlichen Zertifikats, um die Firma mit Photovoltaik auszustatten, ein Jahr

warten müsse. Es müsse doch möglich sein, derartige Genehmigungsverfahren innerhalb von vier Wochen auf den Weg zu bringen, sprach die CDU-Frontfrau Klartext.

### **Arbeitgeberanteile für Rentner**

Zum Abschluss des Gedankenaustausches mit Gitta Connemann bat Joachim Schäfer die MIT-Vorsitzende, mit den zuständigen Fachpolitikern ihrer Fraktion die Frage zu klären, inwieweit Unternehmer, die im Zuge des Facharbeitermangels für Mitarbeiter, die das gesetzliche Rentenalter erreicht haben, aber weiter beschäftigt werden,

Arbeitgeberanteile zur Sozial- als auch Arbeitslosenversicherung zahlen müssen, ohne dass dies dem Mitarbeiter in Form einer Rentenerhöhung oder einer Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld zugutekomme. Fakt sei – so Schäfer – dass sich in einem regulären Arbeitsverhältnis sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung positiv auf die künftige Rente des jeweiligen Beschäftigten auswirken. Dies sei bei der Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Rentenalter nicht der Fall „und damit ungerecht“, zeigte sich Schäfer überzeugt.

„Es muss möglich sein, Genehmigungsverfahren innerhalb von vier Wochen auf den Weg zu bringen.“

### **Prüfung des BDS/BVMU-Anliegens**

Auch in diesem Fall sagte Gitta Connemann zu, das BDS/BVMU-Anliegen mit den Sozialpolitikern der Unionsfraktion zu eruiieren und den Verband über das Ergebnis der Beratungen zu informieren. Dies auch vor dem Hintergrund, dass ein Delegierter des Verbandes in der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung, in deren Widerspruchsausschuss er auch zugleich Mitglied ist, verstärkt mit Eingaben von mittelständischen Unternehmern hinsichtlich der Sozialversicherungspflicht für Rentner konfrontiert wurde. ■



Mit Gitta Connemann sprachen Anita und Joachim Schäfer

## Zur Person

Seit dem Jahr 2002 ist Gitta Connemann Mitglied des Deutschen Bundestages. Als direktgewählte Abgeordnete des Wahlkreises Unterems erreichte sie zuletzt bei der Bundestagswahl 2021 bei den Erststimmen ein Ergebnis, das bei 44,4 Prozent (!) lag, während die CDU im Wahlkreis bei der Zweitstimme mit 29,9 Prozent deutlich unter Gitta Connemanns Ergebnis lag. Gitta Connemann war von Januar 2014 bis Januar 2015 Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft sowie stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Davor gehörte sie zwei Perioden dem Ausschuss für Arbeit und Soziales an. Von 2003 bis 2007 war sie Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Von Januar 2015 bis Dezember 2021 übte Gitta Connemann das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus und war für die Bereiche Er-

nährung, Landwirtschaft, gesundheitlicher Verbraucherschutz, Kirchen, Kunst, Kultur und Medien zuständig.

Im neuen Bundestag ist Gitta Connemann Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung sowie stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuss und im Ausschuss für Kultur und Medien. Im Dezember 2021 wurde Gitta Connemann zur Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) gewählt. Außerdem bekleidet Gitta Connemann verschiedene Ehrenämter. So ist sie nicht nur Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, sondern auch stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe. Eine weitere Herzensangelegenheit ist für sie ihre Mitgliedschaft im Kuratorium der Aktion Sühnezeichen. Als Schirmherrin unterstützt sie die Arbeit der Welthungerhilfe Arbeitsgruppe Leer. ■



# Inflation im Euroraum

*MdB Klaus-Peter Willsch: Bericht aus Berlin*

*Klaus-Peter Willsch (CDU) ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg*



„Besonders die diversen Anleihenkaufprogramme der EZB mit denen die EZB und die Zentralbanken des Eurosystems Staatspapiere der Eurostaaten ankaufen, sprengen den Rahmen jeglicher Vorstellungskraft.“



„Madame Lagarde ließ die Kritik an der EZB-Geldschwemme in gewohnt selbstherrlicher Manier abprallen.“

Die Inflationsrate im Euroraum beträgt 8 Prozent. Damit ist klar: Von Preisstabilität kann keine Rede mehr sein. Die EZB hat sich an der monetären Staatsfinanzierung verhoben und versagt nun bei der Bekämpfung der Inflation. Die Euro-Krise ist zurück!

Wir schwimmen in Liquidität! Was umgangssprachlich eigentlich einen positiven Zustand des finanziellen Überflusses beschreibt, vermag allerdings nicht zu Heureka-Rufen zu verleiten. Denn mit „wir“ ist die Eurozone gemeint, in der die Geldmenge in den letzten Jahren bedrohlich aufgebläht wurde. Ursächlich hierfür sind die diversen Rettungsprogramme der EZB, die jede noch so marode Volkswirtschaft in der Eurozone durchpäppeln und die Staatsanleihen von Ländern mit mieser Bonität aufkaufen. Besonders die diversen Anleihenkaufprogramme der EZB, die sogenannten Asset Purchase Programmes (APP), mit denen die EZB und die Zentralbanken des Eurosystems Staatspapiere der Eurostaaten ankaufen, sprengen den Rahmen jeglicher Vorstellungskraft. Zu Ende Mai 2022 beliefen sich die Anleihenbestände in den Bilanzen des Eurosystems auf 3.419 Mrd. Euro. Alleine im Zeitraum April bis Juni 2022 wurden Nettoankäufe in Höhe von 90 Mrd. Euro getätigt!

Doch im Vergleich zu den vergangenen Jahren hat sich die Situation dramatisch verändert. Die Inflation, von linken Ökonomen von jeher verharmlost und jüngst gar totgesagt, ist zurück und das mit Wucht! Bei 7,6 Prozent lag die Teuerungsrate in Deutschland im Juni 2022. Zum Vergleich: Im Juni 2021 waren es noch 2,3 Prozent. Da kann selbst die EZB nicht mehr tatenlos zuschauen! Nachdem Madame Lagarde die Kritik an der EZB-Geldschwemme in gewohnt selbstherrlicher Manier abprallen ließ, die Preissteigerungen der letzten Monate als vorübergehend verharmloste und wahlweise Corona, gestörte Lieferketten oder den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zur Begründung heranzog, hatte selbst sie ein Einsehen: Im Juni verkündete sie für Ende Juli die Erhöhung der Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte und das Auslaufen der Anleihenkaufprogramme. Der Hauptfinanzierungssatz, der wichtigste Leitzins der EZB, würde dann erstmals seit Februar 2016 über der Nullmarke liegen. Die Zinswende, sie kommt auch in Europa, aber reichlich spät, vermutlich zu spät und auch zu zaghaft. Dass vierprozentige Tappschritte große Schlagkraft

gegen die Teuerungsspirale entwickeln, das erwartet niemand!

Die EZB hat sich durch ihr Handeln der letzten Jahre in eine nahezu ausweglose Lage manövriert. Steigende Preise bei zeitgleich schwächelnder Konjunktur – das ist der Alptraum eines jeden Volkswirts. Das Dilemma aus Sicht der EZB: Stemmt sie sich gegen die Inflation, dann nimmt sie eine Rezession in Kauf. Stützt sie hingegen wie bisher die Konjunktur, dann ist der Kampf gegen die Inflation von Beginn an verloren. Eigentlich sollte der EZB die Entscheidung nicht schwerfallen. Denn ihr Mandat besteht in der Sicherung der Preisstabilität. Alles andere ist nachrangig! Artikel 282 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist da sehr deutlich! Stattdessen hat sich die EZB in den letzten Jahren in immer neuen Anleihenkaufprogrammen verzettelt, die bei genauem Hinsehen nur eines sind: Verbotene monetäre Staatsfinanzierung. Daran ändert auch das gegenteilige Plazet des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) nicht das Geringste. Ohnehin steht das höchste EU-Gericht in Luxemburg seit Langem in der Kritik, da es in seiner Entscheidungspraxis das europäische Unionsrecht unzulässig auf nationale Rechtsfelder ausdehnt und seine Kompetenzen überschreitet. In manchen juristischen Kreisen wird gar davon gesprochen, dass der EuGH politisch als „Agent der Zentralisierung“ urteile.

## Mehr Steuergeld für höhere Zinszahlungen

Die Situation sollte also klar sein und die EZB ihrem Mandat entsprechend den Kampf gegen die Inflation rasch und entschlossen aufnehmen. Um es ganz deutlich zu sagen, die Inflation zu bekämpfen, ist nicht einfach und erfordert Opfer. Geliehenes Geld wird teurer, für alle, für Staaten, Wirtschaft, private Investoren und Häuslebauer. Staaten müssen ihre Schulden reduzieren oder zumindest jede weitere Verschuldung vorsichtig abwägen. Sie müssen mehr Steuergeld für höhere Zinszahlungen aufwenden, Mittel, die dann wohlgerne nicht mehr für Wahlgeschenke und soziale Wohltaten zur Verfügung stehen. Um der Inflation den Garaus zu machen, genügen homöopathische Erhöhungen in Viertelprozentritten längst nicht. Vielmehr müssen sich die Zinsen der Teuerungsrate annähern oder sie gar übertreffen. Bei gegenwärtig 7 bis 8 Prozent Inflationsrate sprechen

wir hier von einem regelrechten Zinsbeben. Es drängt sich daher geradezu der Vergleich mit den frühen Achtzigerjahren auf, als die US-amerikanische Notenbank FED den Leitzins ruckartig auf 20 Prozent hochriss, um die Wirtschaft vom Menetekel der Inflation zu erlösen. Die bittere Medizin wirkte, aber die Nebenwirkung war eine schwere Rezession. Sie korrigierte Fehlinvestitionen und Verzerrungen, wie ein schweres, aber reinigendes Gewitter.

Die Notenbanken haben ein gutes Jahrzehnt lang jene Preisblasen aufgepumpt, aus denen aktuell die Luft entweicht. Die Sorge, dass die monetär völlig überdehnte Realwirtschaft den Finanzmärkten folgt und wieder auf Normalmaß schrumpft, ist groß. Die Kapitalmärkte sind ob des angekündigten Endes der Geldschwemme tief verunsichert, die Notierungen aller Assets – Aktien, Anleihen, Krypto und selbst Gold – stehen im Minus. Auch der als risikoarm geltende Markt für europäische Staatsanleihen geriet jüngst in Aufruhr. Denn parallel zur Erhöhung der Leitzinsen will die EZB die Anleihenkaufprogramme zurückfahren. Gerade diese Kauf- und Garantieprogramme waren aber das Sicherheitsnetz, das noch jede italienische Schrottanleihe zur attraktiven Anlageform werden ließ. Ohne dieses Sicherheitsnetz ist das Vertrauen der Anleger in die hoch verschuldeten Dauerkrisenstaaten flugs passé. Die Zinsen, die Gläubiger für italienische Schuldtitel mit zehnjähriger Laufzeit verlangen, schnellten sofort in die Höhe, auf etwa 4 Prozent. Zum Vergleich: Bundesanleihen mit identischer Laufzeit notieren bei 1,7 Prozent. Damit erreicht der Renditeabstand, der sog. Spread zwischen den Staatsanleihen Deutschlands und denen höher verschuldeter südlicher Euro-Länder, insbesondere Italien, den höchsten Wert seit zwei Jahren. Es wird also teurer für die Club-Med-Staaten sich zu verschulden; gleichzeitig verlieren so die bisherigen, niedriger verzinsten Staatspapiere im Vergleich zu etwaigen neuen Anleihen massiv an Wert. Diese sinkenden Kurse bringen die dortigen Banken in arge Nöte, haben sie sich doch wie toxische Schwämme mit Staatspapieren vollgesogen. Deren sinkender Wert muss nun als Bilanzverlust ausgewiesen werden, was wiederum die Aktienkurse der Geldinstitute drückt. Wie lange halbmarode „Bad-Banks“, wie Monte dei Paschi di Siena und Konsorten diesem Druck standhalten, weiß vermutlich alleine der liebe Gott. Ich sage nur Bankenkrise, here we go again!

Entsprechend besorgt reagierte man im EZB-Elfenbeinturm im Frankfurter Ostend. EZB-Direktorin Isabel Schnabel ließ jüngst in einer Rede wissen, die EZB werde alles tun, um ein weiteres Auseinanderdriften der Renditen zwischen den Ländern der Währungsunion zu verhindern. Die Verpflichtung der EZB gegenüber dem Euro

kenne „keine Grenzen“, so Schnabel. Vermutlich hallt nicht nur mir hier das verhängnisvolle Draghische „Whatever it takes“ nach. Und natürlich sucht die EZB bereits nach einem neuen Instrument, um die Spreads zwischen den Eurländern zu begrenzen. Unter dem Stichwort „Antifragmentierungsprogramm“ soll daher ein neues Sicherheitsnetz für Anleger gespannt werden und sie so ermuntern, sich weiter Anleihen von überschuldeten Eurostaaten ins Depot zu legen. Nach einem Ende der expansiven Geldpolitik klingt das eher nicht. Dass die EZB sich offenkundig gezwungen sieht, noch vor der ersten Zinserhöhung über ein neues Notfallprogramm nachzudenken, ist eine geldpolitische Bankrotterklärung. Ohnehin würden gezielte Anleihenkäufe, von denen vor allem die Südländer der Euro-Zone profitieren, noch eklatanter gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstoßen, als es die bisherigen Kaufprogramme schon taten. Der Wettbewerb der Länder am Kapitalmarkt wäre de facto ausgeschaltet. Anders als von der EZB behauptet, sind deutlich voneinander abweichende Renditen für Staatsanleihen nicht das Ergebnis ungerechtfertigter Spekulationen, sondern das Ergebnis einer gesunden marktwirtschaftlichen Bepreisung von Ausfallrisiken!

### **Ausufernde EZB-Kaufprogramme**

Ich verstehe jeden Anleger, der angesichts der südeuropäischen Verweigerungshaltung beim Thema Haushaltskonsolidierung höhere Zinsen verlangt! Eben jene Verweigerungshaltung hat die EZB durch ihre ausufernden Kaufprogramme erst ermöglicht. Wie die Junkies hängen die hoch verschuldeten südlichen Euro-Staaten nach wie vor am Liquiditätstropf der Zentralbank. Je stärker die EZB die Zinsen für die Südländer drückt, desto schwächer fällt deren Anreiz aus, Strukturereformen durchzuführen und die Staatshaushalte zu sanieren. Die Marktmechanismen lassen sich aber langfristig nicht unterdrücken, höhere Zinsen sind für Italien, Griechenland und Co. daher unvermeidlich. Es mögen keine angenehmen Aussichten sein, aber wollen wir uns aus der Schuldensucht befreien, dann wird ein eiskalter geldpolitischer Entzug nötig sein. Auch wenn die Verwerfung auf kurze Sicht enorm sein mag, ist ein weiterer Kaufautomatismus der EZB für Papiere aus Hochschuldenländern bei einem gleichzeitigen niedrigen Leitzins die schlechteste aller Optionen. Der unvermeidliche Knall würde nur herausgezögert, die zum Platzen verdammte Blase größer und größer. Der Euro verkäme noch weiter zur Weichwährung, Auslandsreisen und Importe würden immer unerschwinglicher, eine lang anhaltende Phase der Stagflation unvermeidlich. Die Ära des billigen Geldes muss enden! ■



*„Die Notenbanken haben ein gutes Jahrzehnt lang jene Preisblasen aufgepumpt, aus denen aktuell die Luft entweicht.“*



*„Wie die Junkies hängen die hoch verschuldeten südlichen Euro-Staaten nach wie vor am Liquiditätstropf der Zentralbank. Je stärker die EZB die Zinsen für die Südländer drückt, desto schwächer fällt deren Anreiz aus, Strukturereformen durchzuführen und die Staatshaushalte zu sanieren.“*

# Politische Tabus überwinden

*Um das Pipelinegas aus Russland zu ersetzen, plant die Bundesregierung den Bau von LNG-Terminals an der Nordseeküste, um insbesondere das Erdgas aus den USA, das durch Fracking gewonnen wird, zu importieren.*

## von Prof. Fritz Vahrenholt

Um das Pipelinegas aus Russland zu ersetzen, plant die Bundesregierung den Bau von LNG-Terminals an der Nordseeküste, um insbesondere das Erdgas aus den USA, das durch Fracking gewonnen wird, zu importieren.

Seit einem halben Jahr wird wertvolle Zeit verloren, in der die Bundesregierung keinen Gedanken daran verschwendet, die eigenen großen Gasvorkommen erschliessen zu lassen.

„Solange wir in Deutschland Erdgas benötigen, ist es – freundlich ausgedrückt – ein Schildbürgerstreich, dass wir es nicht bei uns fördern“, sagte Hans-Joachim Kümpel, früherer Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, WELT AM SONNTAG. Bis zu 2,3 Billionen Kubikmeter erschließbares Erdgas liegen unter Deutschland im Schiefergestein. Die Menge würde ausreichen, das Land über Jahrzehnte mit Erdgas zu versorgen.

Binnen eines Jahres könnte in Deutschland mit der Förderung von Schiefergas begonnen werden, sagte Mohammed Amro, der sich an der Bergakademie Freiberg mit Geoströmungstechnik beschäftigt.

In Deutschland kam Fracking seit Anfang der 1960er Jahre zum Einsatz – hauptsächlich für die Förderung von Erdgas aus sehr dichten Sandsteinen (Tight Gas). Seitdem sind über 320 Fracking-Maßnahmen durchgeführt worden, dadurch bedingte Umweltschäden sind nicht bekannt. Etwa ein Drittel der in Deutschland geförderten Erdgasmengen stammt aus Bohrungen, die mit Fracking stimuliert wurden.

Nun geht es um die Förderung des Gases aus dem 1000 Meter tiefem Schiefergestein, weit unterhalb der Grundwasservorkommen, die in Deutschland bei 50-200 Meter Tiefe liegen.

Doch es gibt in Deutschland ein Tabugesetz aus dem Jahre 2017, das Fracking in Deutschland verbietet.

Die FDP wäre wohl bereit, dieses Tabugesetz aufzuheben. Doch die grünen Minister Steffi Lemke und Robert Habeck wehren sich halsstarrig seit einem halben Jahr gegen diesen Weg der Vernunft. Habeck: „Ich glaube, dass das nicht der Weg ist, den wir gehen sollten und der uns weiterhilft“. „Verantwortungslos“ bezeichnete der Rohstoffexperte Kümpel diese Position. Verantwortungslos ist noch milde ausgedrückt in Anbetracht des drohenden Wohlstandsverlust Deutschlands. Es ist ein Bruch des Amtseides und damit ein Bruch der Verfassung: „Schaden vom deutschen Volke abzuwenden“, sagt der Amtseid (Art. 64 in Verbindung mit Art. 56).

Stattdessen setzt der Wirtschaftsminister u.a. auf Fracking-Gas aus den USA. Der amerikanische Präsident Biden hatte zugesagt, bis 2030 50 Milliarden Kubikmeter Gas, etwa ein Drittel des russischen Exportes nach Europa, zu liefern. Diese Zusage kommt von dem gleichen

Präsidenten, der in seinen ersten Amtstagen sämtliche Fracking-Projekte auf öffentlichem Grund gestoppt hatte. Ernstzunehmende Gasanalysten sagen daher für die nächsten Jahre eine Gaskrise in den USA voraus, da die bestehenden Fracking-Felder in den nächsten fünf Jahren zur Neige gehen und neue zur Zeit nicht genehmigt werden.

Die Lage des Schiefergases in der norddeutschen Tiefebene von Niedersachsen bis Brandenburg verdeutlicht folgende Grafik (entnommen aus unserem Buch: Unerwünschte Wahrheiten, S.304 ff.)

## CO2-freier Kohlestrom statt Kohle aus Kolumbien

Der Bundeskanzler hat am 6.4.2022 mit dem kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque telefoniert, um auf eine Expansion des Steinkohlebergbaus El Cerrejon zu drängen, eine der größten, aber auch umstrittensten Kohleminen der Welt.



Schematische Darstellung geologischer Becken mit möglichem Schieferöl- und Schiefergas-Potenzial.

Das Präsidentsamt in Kolumbien ließ mitteilen: „Wir haben über die aktuelle Krisensituation bezüglich der Energieversorgung in Europa gesprochen. Es ist daher möglich, dass wir zu diesem Zeitpunkt, in dem Länder wie Deutschland ihre Energiesicherheit stärken müssen, die kolumbianische Kohle-Exporte erhöhen, damit sie sich gegen Energieknappheit wappnen können.“ Leider ist Duque ab dem 7. August nicht mehr im Amt, da er vom linksgerichteten Gustavo Petro, der die Wahl zuvor knapp gewonnen hatte, abgelöst wurde.

Die neue Regierung sieht die Kohlemine kritisch.

Olaf Scholz hätte besser einen Anruf in Sachsen oder der Lausitz getan. Da gibt es auch einen offenen Tagebau mit vorbildlichen Umweltstandards, ohne hungrige Kinder. Aber diese eigene, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Förderung hatte man ja im Kohleausstiegsgesetz nicht mehr haben wollen und in der Koalitionsvereinbarung „idealerweise“ schon 2030 die Schließung angekündigt. Wenn man aber die damit verbundenen Kohlekraftwerke mit einer CO<sub>2</sub>-Abscheidung versehen würde, wären auch alle möglichen CO<sub>2</sub>- und Klimabelastungen ausgeschlossen worden.

Damit wären wir beim zweiten Tabugesetz, das geschliffen gehört: Das Verbot von CCS, also der Abscheidung von CO<sub>2</sub> aus Kohlekraftwerken und die Verpressung in tiefe Schichten weit unterhalb des Grundwassers. Es gibt das Verbot seit 2012. Pilotvorhaben waren erlaubt, aber alle norddeutschen Länder haben von der Klausel Gebrauch gemacht, selbst solche Forschungsvorhaben auszuschließen. Einer der Hauptinitiatoren für ein Verbot war seinerzeit der Landesvorsitzende der Grünen in Schleswig-Holstein, Robert Habeck, der die Initiative gegen ein CO<sub>2</sub>-Endlager mit den Worten unterstützte: „Schleswig-Holstein ist das Land der Erneuerbaren Energien und keine Müllhalde für CO<sub>2</sub>“. Er erreichte, dass die damalige CDU-Landesregierung einen entsprechenden Antrag im Bundesrat stellte, der dann später Gesetz wurde. Die in Schwarze Pumpe errichtete Pilotanlage wurde abgebaut und nach Kanada verkauft.

Es ist nicht zu erwarten, dass Robert Habeck den Weg freigibt für eine umweltfreundliche Kohlenutzung. Würde man diesen Weg beschreiten, hätte man gute Argumente, um von China den Einsatz dieser Technik zu verlangen, da das Land sei-



ne riesigen Kohlevorräte weiter nutzen wird. Aber wir wollen ja nur den deutschen Himmel retten.

### Ohne Laufzeitverlängerung ins Winter-Chaos

Es gibt ein drittes Tabugesetz, das die Bundesregierung nicht anfassend will: das Kernenergieausstiegsgesetz. Die dümmlichen Erklärungen des grünen Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, wonach Kernkraftwerke keine Wärme erzeugen, und daher bei der Gasknappheit nicht helfen, haben die meisten in Deutschland durchschaut. 14% des Stroms kommt aus Gaskraftwerken. Wir werden nur zwei Drittel der Gaskraftwerke durch das Hochfahren von Reservekohlekraftwerken ersetzen können. Ein Wegfall von drei Kernkraftwerken bedeutet am Ende, dass ein großer Teil dieser Einsparung aufgegeben wird, denn der wegfallende Strom kann nicht anders als durch Gaskraftwerke ersetzt werden.

Da hilft auch der forcierte Windkraft- und Solarausbau (der übrigens auch nur Strom produziert) nicht. Um die Strommenge der drei laufenden Kernkraftwerke rechnerisch zu ersetzen, benötigt man zwei Drittel der 2,2 Millionen bestehenden Solaranlagen. Anders ausgedrückt: Um diese Menge Strom zu ersetzen, brauchen wir fünf bis zehn Jahre, um die entstehende Lücke von etwa 35 TWh durch neue PV-Anlagen zu ersetzen. Und dann hätten wir nachts immer noch keinen Strom. Der Vorstandsvorsitzende von Evonik, Christi-

an Kullmann, hat das Ausmaß der Gaskrise anschaulich beschrieben: Man stelle sich einen Gaszug vor, der in Sevilla beginnt und in Frankfurt endet, die ganze Strecke ein Waggon nach dem anderen. Und er stellt die Frage, wie lange die deutsche Chemieindustrie mit diesem Gas auskommen würde. Wohlgeremert nur die Chemieindustrie. Antwort: sechs Stunden.

Es geht um 5,6 Millionen Arbeitsplätze, die vom Erdgasmangel betroffen sind. Es geht nicht ums kürzere Duschen. ■



**Prof. Dr. Fritz Vahrenholt (SPD)** ist ehemaliger Hamburger Umweltsenator, Manager, Wissenschaftler und Buchautor



# Vertraglich vereinbarte Arbeitszeit

*Arbeitgeber kann mitbestimmungsfrei anordnen,  
dass Raucherpausen nur in den regulären Pausen zulässig sind*

**D**er Arbeitgeber hat einen Anspruch darauf, dass die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit eingehalten wird und Arbeitnehmer keine Raucherpausen außerhalb der regulären Pausen machen (Landesarbeitsgericht (LAG) Mecklenburg-Vorpommern /AZ TaBV 12/21).

In dem Verfahren hat der Betriebsrat der Arbeitgeberin beantragt, festzustellen, dass die Arbeitgeberin ohne Zustimmung des Betriebsrates nicht anordnen dürfe, dass Raucherpausen außerhalb der vereinbarten Pausenzeiten unzulässig seien.

Das LAG lehnt dies ab, da diese Anordnung nur das Einhalten der Arbeitszeit sicherstellen solle. Regelungen und Weisungen, welche die Arbeitspflicht unmittelbar konkretisieren - sog. Arbeitsverhalten - seien nicht mitbestimmungspflichtig.

Die Anordnung der Arbeitgeberin, dass Rauchen nur in den Pausen, also außerhalb der Arbeitszeit, gestattet ist, betreffe aus-

schließlich das Arbeitsverhalten. Die Regelung diene nicht der Koordinierung des Zusammenlebens und Zusammenwirkens der Arbeitnehmer. Sie ist ausschließlich auf die Einhaltung der Arbeitszeiten gerichtet. Während des Rauchens können die Arbeitnehmer grundsätzlich keine Arbeitsleistung erbringen. Rauchen außerhalb der vorgesehenen Pausen stellt eine Unterbrechung der Arbeitstätigkeit dar. Die Arbeitgeberin sei nicht verpflichtet, solche Arbeitsunterbrechungen zu dulden. Vielmehr haben die Arbeitnehmer während der festgelegten Arbeitszeiten ihre Arbeitsleistung zu erbringen. Zumindest haben sie sich bereitzuhalten, um jederzeit die Arbeit nach Anweisung der Arbeitgeberin aufnehmen zu können. Der Arbeitgeberin sei es nicht verwehrt, die vereinbarten Arbeitsleistungen in dem vollen Zeitumfang abzufordern. Zwar möge es vorkommen, dass es wegen eines schwankenden Arbeitsanfalls nicht immer möglich

ist, alle Arbeitnehmer durchgängig zu beschäftigen. Das berechtige jedoch weder die Raucher, ihren Arbeitsplatz zu verlassen und eine Raucherinsel aufzusuchen, noch andere Arbeitnehmer, privaten Angelegenheiten welcher Art auch immer nachzugehen. Während der festgelegten Arbeitszeiten bestehe Arbeitspflicht, sofern nicht die Arbeitgeberin von sich aus im Einzelfall freiwillig eine zusätzliche bezahlte oder unbezahlte Pause gestatte. ■

*Der Autor ist Präsident des VDAA Verband deutscher Arbeitsrechtsanwälte e. V.*

## Rückfragen:

RA Michael Henn  
Fachanwalt für Arbeitsrecht/Erbrecht  
c/o Rechtsanwälte Dr. Gaupp & Coll.  
Kronprinzstraße 14, 70173 Stuttgart  
Tel.: 0711/3058 930  
Email: stuttgart@drgaupp.de  
www.drgaupp.de

## IMPRESSUM

### DER SELBSTÄNDIGE/MITTELSTAND DIGITAL

ISSN 0946-3224  
Offizielles Organ des Bundes der Selbständigen, LV NRW und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.  
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede  
Tel. (02301) 91 96 8-0, Fax (02301) 91 96 8-29  
E-Mail: info@bvmu.de  
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Friedhelm Ost

Fotos: Laurence Chaperon, Anita Schäfer, Tom Peschel  
Erscheinungsweise: 10 x jährlich  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Dortmund  
Bezugsbedingungen:  
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zur BVMU abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.  
© by: BDS/BVMU e. V.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben bei der BVMU e. V. und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:  
BDS/BVMU e. V.  
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede  
Internet: www.bvmu.de  
E-Mail: info@bvmu.de

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

# IHR KLEINANZEIGENMARKT

## Von Mitgliedern für Mitglieder

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder,

es freut uns, Ihnen mitzuteilen, dass wir ab sofort die Kategorie Kleinanzeigenmarkt auf der Ihnen bereits bekannten Plattform von corporate benefits zur Verfügung stellen.

Der Kleinanzeigenmarkt ist ganz im Sinne von Mitgliedern für Mitglieder. Über diesen Kleinanzeigenmarkt können Sie nicht nur Gebrauchsgegenstände an andere Mitglieder veräußern, sondern auch Dienstleistungen oder Ferienwohnungen anbieten.

Die eingestellten Angebote sind nur für die auf Ihrer Angebotsplattform registrierten Mitglieder sichtbar. Die Zugangsdaten für die Plattform gelten auch für den Kleinanzeigenmarkt, sodass keine gesonderte Registrierung notwendig ist. Diese Dienstleistung von corporate benefits steht Ihnen ebenfalls kostenfrei zur Verfügung.



Der Kleinanzeigenmarkt ist auf jedem internetfähigen Endgerät nutzbar, also z.B. auch mobil auf Ihrem Smartphone/Tablet sowie über die corporate benefits APP.

Ein Inserat kann schnell und intuitiv erstellt werden und wird hochwertig platziert. Hilfetexte geben Tipps für ein ansprechendes Inserat.

Beim ersten Aufruf werden viele hilfreiche Erklärungstexte angezeigt – inklusive einer Entdeckungstour zur Einführung.

Mit herzlichen Grüßen  
Thomas Brüggemann      Joachim Schäfer  
(Präsident)                      (Hauptgeschäftsführer)



- 1 App im Store laden und aufrufen
- 2 Zum Verknüpfen: QR-Code scannen oder URL eingeben
- 3 Einmalige Registrierung mittels privater E-Mail-Adresse und Ihrer Mitgliedsnummer

<https://bds-nrw.rahmenvereinbarungen.de>  
<https://bvmu.rahmenvereinbarungen.de>



corporate  
benefits  
App

# Steuerfreie Einkommenszuschläge – was ist möglich?

**W**eit verbreitet ist die Zahlung von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit. Nach § 3 b Einkommensteuergesetz (EStG) sind Zuschläge, die für tatsächlich geleistete Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit zusätzlich zum Grundlohn gezahlt werden, steuerfrei, soweit sie folgende Grenzen nicht überschreiten:

- für Nachtarbeit 25%
- für Sonntagsarbeit 50%
- für Arbeit am 31. Dezember ab 14:00 Uhr und an gesetzlichen Feiertagen 125%
- für Arbeit am 24. Dezember ab 14:00 Uhr, am 25.12., am 26.12. und am 01. Mai 150%.

Nach der gesetzlichen Regelung ist Nachtarbeit die Arbeit in der Zeit von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr. Sonntagsarbeit und Feiertagsarbeit ist die Arbeit in der Zeit von 00:00 bis 24:00 Uhr.

Zusätzlich gelten noch folgende Besonderheiten:

Wenn die Nachtarbeit um 00:00 Uhr aufgenommen wird, erhöht sich der zulässige Zuschlag auf 40% für die Arbeitszeit von 00:00 Uhr bis 04:00 Uhr, als Sonntagsarbeit oder Feiertagsarbeit gilt auch die Arbeit in der Zeit von 00:00



**Nach der gesetzlichen Regelung ist Nachtarbeit die Arbeit in der Zeit von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr**

Uhr bis 04:00 Uhr des auf den Sonntag oder Feiertag folgenden Tages.

Gesetzliche Ansprüche auf Zuschläge bestehen aber nur für Arbeitnehmer, die im Zeitraum von 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr, bzw. in Bäckereien oder Konditoreien von 22:00 Uhr bis 05:00 Uhr mehr als zwei Stunden arbeiten. Diese Arbeitnehmer haben nach § 6 Arbeitszeitgesetz einen Anspruch auf eine angemessene Zahl bezahlter freier Tage oder einen angemessenen Zuschlag auf den vereinbarten Lohn. Allerdings re-

geln auch die meisten Tarifverträge Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit. Soweit allerdings auf das Arbeitsverhältnis kein Tarifvertrag Anwendung findet, müssen diese Zuschläge individuell mit dem Arbeitgeber vereinbart werden.

Diese steuerfreien Zuschläge sind ja auch außerhalb des Anwendungsbereichs von Tarifverträgen weit verbreitet, da diese steuerfreien Zuschläge auch aus Arbeitgebersicht eine geeignete Möglichkeit sind, die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers an diesen ungewöhnlichen Arbeitszeiten besonders zu honorieren. Allerdings sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer beachten, dass trotz der weitverbreiteten 5-Tagewoche der Samstag ein regulärer Werktag ist und daher für Arbeitsleistung an Samstagen keine steuerfreien Zuschläge möglich sind. ■

*Der Autor ist Präsident des VDAA Verband deutscher Arbeitsrechtsanwälte e. V.*

## Rückfragen:

RA Michael Henn  
Fachanwalt für Arbeitsrecht/Erbrecht  
c/o Rechtsanwälte Dr. Gaupp & Coll.  
Kronprinzstraße 14, 70173 Stuttgart  
Tel.: 0711/3058 930

## EINLADUNG - Ordentliche Generalversammlung am 28. Oktober 2022

Gemäß § 8 Abs. 2 und 3 der gültigen Satzung des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V., dürfen wir Sie für Freitag, den 28. Oktober 2022, 11.30 bis 14.00 Uhr, in den Sitzungssaal der BDS/BVMU Geschäftsstelle, 59439 Holzwickede, Ferdinand-Porsche-Str. 1, form- und fristgerecht einladen.

Nach § 8 Abs. 3 der gültigen BDS- und BVMU-Satzung sind nur die gewählten Delegierten der BDS- und BVMU-Einzelmitglieder, der Ortsverbände sowie die Mitglieder des Vorstandes und des BVMU-Präsidiums stimmberechtigt.

### TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der fristgerechten Einladung
3. Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung
4. Tätigkeitsbericht des Vorstandes
5. Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters
6. Bericht der Rechnungsprüfer
7. Aussprache über die Berichte
8. Anträge
9. Bestimmung des Ortes der Generalversammlung 2023
10. Schlusswort

Im Anschluss an die Generalversammlung reichen wir einen kleinen Imbiss.

Ab 14:00 Uhr:  
Vortrag von **Ulrike Strobel**,  
Abteilungsleiterin der Abteilung  
Prüfdienst bei der  
Deutschen Rentenversicherung Bund.

Wir dürfen Sie sehr herzlich bitten, sich per Telefax: 02301 / 91 96 8 - 29 oder E-Mail: info@bds-nrw.de bis zum 15.10.2022 anzumelden.

Thomas Brüggemann    Joachim Schäfer  
Präsident                    Hauptgeschäftsführer



Der Notfalldatensatz auf der elektronischen Gesundheitskarte kann beispielsweise Informationen zu relevanten Diagnosen, zur Medikation oder zu Allergien und Arzneimittel-Unverträglichkeiten enthalten

## Wertvolle Hilfe im Notfall

### Notfalldaten auf der elektronischen Gesundheitskarte speichern lassen

**T**ritt ein medizinischer Notfall ein, geht es oft um Sekunden. Dann kann es lebensrettend sein, wenn die Rettungssärztin oder der Rettungsarzt sofort auf die wichtigsten medizinischen Informationen zugreifen kann: Liegt eine notfallrelevante Allergie vor? Nimmt die Person regelmäßig Medikamente ein? Ist eine Patientin schwanger? Oder hat ein Patient ein Implantat, zum Beispiel einen Herzschrittmacher? Dieses Wissen hilft den Ärzten, schnell die richtige Diagnose zu stellen und die passende Behandlung einzuleiten. Ermöglicht wird das über den Notfalldatensatz, den gesetzlich Versicherte freiwillig auf ihrer elektronischen Gesundheitskarte hinterlegen können. Auch der Kontakt zum Haus- oder Facharzt, ein Notfallkontakt - etwa Familienangehörige - sowie Informationen darüber, ob und wo ein Organspendeausweis oder eine Patientenverfügung vorliegen, können gespeichert werden.

#### Versicherte entscheiden über den Einsatz ihrer Notfalldaten

Die Notfalldaten werden nicht automatisch auf der elektronischen Gesundheitskarte abgelegt, sondern nur auf

Wunsch der Versicherten. Hierzu müssen sie mit ihrer Ärztin oder ihrem Arzt ein Aufklärungsgespräch führen und ihr Einverständnis geben - unter [www.gematik.de/anwendungen/notfalldaten](http://www.gematik.de/anwendungen/notfalldaten) erfährt man Näheres. Anschließend werden die Daten in der Arztpraxis auf der Gesundheitskarte hinterlegt und ärztlich bestätigt. In einer Notfallsituation können diese dann auch ausgelesen werden,



Auf der Gesundheitskarte können gesetzlich Versicherte medizinische Notfalldaten speichern lassen

wenn Patienten nicht zustimmen können, da sie beispielsweise bewusstlos sind. Neben Ärzten können ebenso medizinisches Personal, Apotheker sowie Psychotherapeuten auf die Notfalldaten zugreifen. Wichtig ist, dass Versicherte diese regelmäßig aktualisieren lassen, damit sie ihren Zweck auch erfüllen können.

#### Für wen der Notfalldatensatz besonders sinnvoll ist

Versicherte sollten vor allem über einen Notfalldatensatz nachdenken, wenn sie Erkrankungen, Allergien oder Unverträglichkeiten haben oder Medikamente einnehmen, die in einer Notfallsituation von Bedeutung sind. Dazu gehören Patientinnen und Patienten mit chronischen Beschwerden, komplexen Krankengeschichten, bekannten schweren anaphylaktischen Reaktionen und seltenen Erkrankungen - ebenso Personen mit Implantaten oder besonderen Einschränkungen wie einer Hörbehinderung. Für Schwangere ist der Notfalldatensatz ebenfalls sinnvoll. Darüber hinaus lohnt er sich für alle Menschen, die wichtige Notfallkontakte stets bei sich tragen möchten. (djd) ■

# Aktivurlaub auf der Ostalb in Baden-Württemberg

*Beim Radfahren und Wandern im Ostalbkreis spannende Geheimtipps entdecken*

**O** b Kurztrip über ein verlängertes Wochenende oder Familienurlaub in den Ferien: Auf der Ostalb in Baden-Württemberg finden naturbegeisterte Aktivurlauber alles, was das Herz begehrt. Denn dafür bietet der Ostalbkreis rund um die malerischen Städte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd mit abwechslungsreichen Naturlandschaften, kulturellen Kleinoden und spannenden Geheimplätzen beste Voraussetzungen.

## Eine Abenteuerreise

Als einer der größten Landkreise in Baden-Württemberg umfasst der Ostalbkreis reizvolle Erlebnisgebiete wie die Albhochfläche, das Albvorland und die Keuperwaldberge. Sie faszinieren Besuchende mit einzigartigen Kultur- und Naturdenkmälern wie dem Unesco-Geopark Schwäbische Alb und dem Unesco-Welterbe Limes, an dem der Deutsche Limes-Radweg und Limes-Wanderweg entlang führen. Unberührte Natur, traumhafte Aussichten und geologische Highlights laden zu spannenden Abenteuerreisen ein. Ob Wandern, Biken, Klettern oder Flanieren: Für jede Präferenz gibt es passende Routen und zertifizierte Rundwege auf der entzückenden Ostalb in Baden-Württemberg. Und wer durch das Abenteuer hungrig geworden ist, stärkt sich zwischendurch mit kulinarischen Spezialitäten wie Schwäbischen Maultaschen, Käsespätzle oder regionalen süffigen Bieren aus den heimischen Brauereien.

## Geheimplätze entdecken und stempeln

Alle, die ihre Tour mit dem gewissen Etwas verfeinern möchten, können das mit dem Entdeckerpass tun. Der Pass lädt dazu ein, die schönsten Aussichten, Fern- und Weitblicke der Ostalb zu genießen. Neben bekannten Orten wie dem 26 Meter hohen Aussichtsturm Aalbäumle oder der Wallfahrtskirche St. Maria auf dem Rechberg, einem der „Drei Kaiserberge“, gibt es lohnenswerte Kleinode und span-



Foto: djd/Tourismus Ostalb/  
Christian Frumolt

Die barocke Wallfahrtskirche St. Maria wurde auf einem 707 Meter hohen Plateau des Rechbergs erbaut

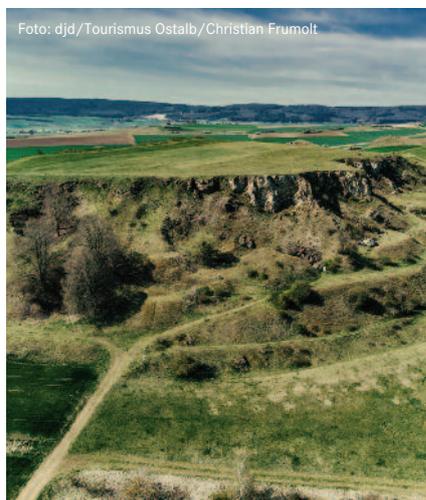


Foto: djd/Tourismus Ostalb/Christian Frumolt

Der Goldberg, ein Felsen aus Süßwasserkalk ist ein einzigartiger archäologischer Fundplatz

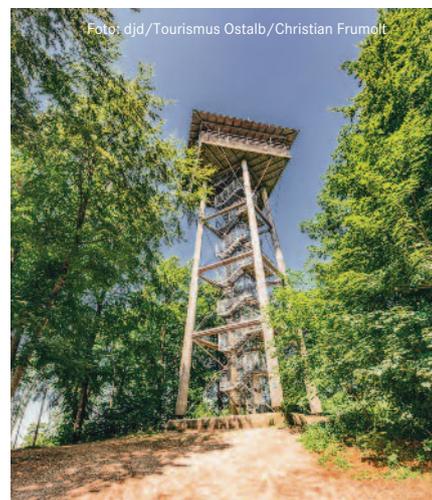


Foto: djd/Tourismus Ostalb/Christian Frumolt

Der 26 Meter hohe Aussichtsturm Aalbäumle bietet einen traumhaften Ausblick auf die Römerstadt Aalen

nende Geheimtipps an 25 verschiedenen Schauplätzen zu entdecken. Dabei steht an jeder Attraktion eine Stempelstelle mit individuellem Motiv, erkennbar am goldenen Branding. Mit mindestens 20 von 25 Stempeln kann der Entdeckerpass eingeschickt werden, um an einem Gewinnspiel teilzunehmen. Die Standorte der Stempelstellen sind auf der Entdeckerkarte, die es gemeinsam mit dem Pass und einem kleinen Geschenk im Entdecker-Päckle gibt, und unter

www.deine-ostalb.de zu finden. Der Entdeckerpass ist vom 4. Juni bis 18. September über die Website bestellbar oder in den Tourist-Informationen des Ostalbkreises erhältlich. Ganz egal, ob man lieber den Goldberg besteigen, den rekonstruierten Limesturm besichtigen, Wassererlebnisse in der Jagst sammeln oder die Wallfahrtskirche Schönenberg bestaunen möchte – im Ostalbkreis können alle großen und kleinen Abenteurer viel Spannendes erleben. (djd) ■



Foto: djd/Weimarer Land  
Tourismus/Melanie Kahl

Auf dem Ilmtal-Radweg begegnet man zahlreichen Beispielen traditioneller Mühlentechnik

# Radeln, Wasserspaß und Kulturgenuß

*Das Weimarer Land in Thüringen verspricht erfrischende, besondere Momente*

Wer mit dem Fahrrad auf Reisen geht, kommt Land, Leuten und dem Lebensgefühl einer Region ganz nah. Laut Radreiseanalyse 2021 des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) bleiben 88 Prozent der Radurlauber in Deutschland und bevorzugen dabei Routen entlang von Flüssen. Entspanntes Aktivsein und erfrischende Pausen am Wasser lassen sich zum Beispiel auf dem Ilmtal-Radweg gut miteinander verbinden. Der vom „ADFC“ mit vier Sternen ausgezeichnete Qualitätsradweg im Weimarer Land begleitet die Ilm von der Quelle im Thüringer Wald bis zur Mündung in die Saale im Weinanbaug Gebiet bei Bad Sulza. Für die 123 Radkilometer sollte man mindestens drei Tagesetappen einplanen.

## Kräuterhotel oder schwimmende Hütte

Auf dem Weg liegen nicht nur schmucke Dörfer mit Hofläden, umringt von duftenden Streuobstwiesen, mittelalterliche Burgen und liebevoll restaurierte Denkmäler, sondern auch kulturelle Highlights wie die Residenzstadt Weimar mit ihren Unesco-Weltkulturerbe-Stätten. Außerdem laden an der Ilm schattige Uferplätze dazu ein, einfach mal die Füße ins Wasser baumeln zu lassen und die Leichtigkeit des Seins zu

genießen. Ein ideales Etappenziel für Radurlauber ist zum Beispiel die Kunst- und Senfmühle in Kleinhettstedt. Der Fachwerkkomplex aus dem 16. Jahrhundert mit imposanter traditioneller Mühlentechnik beherbergt eine Produktionsstätte von hochwertigen Senfprodukten inklusive Verkostung sowie eine Gaststätte und Ferienwohnungen. „Schlafen an besonderen Orten“ – dieses Versprechen wird im Weimarer Land unter anderem im Kräuterhotel in Nohra, im alten Wasserturm in Groß-

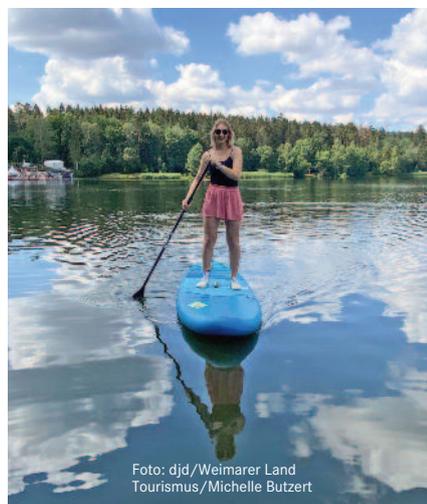


Foto: djd/Weimarer Land  
Tourismus/Michelle Butzert

Im Weimarer Land können Bewegungshungrige vom Fahrrad aufs Wasser wechseln

heringen oder in einer der schwimmenden Hütten der Ölmühle in Eberstedt eingelöst. In Bad Berka gibt es das speziell auf Radurlauber zugeschnittene „veloinn“. Die Webseite [www.weimarer-land.travel](http://www.weimarer-land.travel) informiert unter anderem zu allen Radwegen und Unterkünften im Weimarer Land und liefert Inspirationen rund um die regionale Aquakultur.

## Am, unter und auf dem Wasser

Unterwegs auf dem Ilmtal-Radweg bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, um vom Fahrradsattel ins kühle beziehungsweise warme Wasser zu wechseln. Müde Radlerwaden kommen bei einer erfrischenden Kneipp-Runde in Bad Berka wieder in Schwung. Und nach einem intensiven Tag auf dem Rad laden die beiden Thermen im Weimarer Land zum Entspannen ein. In der Toskana Therme von Bad Sulza mit ihrem speziellen Unterwasser-Soundsystem verbinden sich Wärme, Heilwasser und Klang zu einem ganz besonderen Abtaucherlebnis. Gleich vier Erlebnisrutschen locken dagegen vor allem Familien in die Avenida-Therme am Stausee Hohenfelden. Tipp: Am See ein SUP-Board ausleihen und den Blick auf die Landschaft mal von der „anderen Seite“ aus genießen. (djd) ■

# Zeitlose Überraschungseffekte

*Das Schloss Hellbrunn in Salzburg begeistert seit über 400 Jahren seine Besucher*

In glitzernden Fontänen schießt das Wasser aus dem Geweih eines Hirsches und vom Nass angetriebene Fabelwesen spähen aus Nischen hervor: Als davor nie gesehenen Ort der Vergnügungen und Erholung plante der bekannte Salzburger Fürsterzbischof Markus Sittikus das Schloss Hellbrunn. Bis heute hat das prächtige Spätrenaissance-Bauwerk mit seiner idyllischen Lage im Süden der Mozartstadt, umgeben von 60 Hektar Parkanlagen, nichts an seiner Anziehungskraft auf seine Besucher verloren.

## Spritziges Vergnügen

„SchauLust“ in den imposanten Räumen des Schlosses, die zurück in die Jahre 1612 bis 1615 führt, als Baumeister Santino Solari die beeindruckende Architektur des Schlosses schuf. Unter [www.hellbrunn.at](http://www.hellbrunn.at) finden sich Öffnungszeiten und Ticketpreise. Herzstück von Schloss Hellbrunn sind die manieristischen Wasserspiele mit ihren magischen Grotten, ihren heimtückischen Spritzbrunnen und ihren detailverliebten Figuren aus der antiken Mythologie. Fürsterzbischof Markus Sittikus wollte seine Gäste überraschen, und dies gilt heute wie vor über 400 Jahren. Auf keiner Schlossbesichtigung wird wohl so viel gelacht wie beim Besuch der weltbekannten Wasserspiele von Hellbrunn, die auch per Audioguide in unterschiedlichen Sprachen oder speziell für Kinder im ganz persönlichen Tempo besichtigt und völlig neu erlebt werden können. An den 21 Stationen wird im Detail erklärt, wie es zu der Anlage kam, welchen Schabernack der Fürsterzbischof treiben wollte und was an geheimen Plätzen hinter Figuren und Hecken steckt.

## Drei auf einen Streich

Wer Hellbrunn in einer privaten Themenführung erkunden möchte, hat dazu auf ganz vielfältige Weise Gelegenheit. Besondere Erlebnisse verspricht die Tour zur blauen Stunde, wenn sich die Sonne am Abend über das Schloss senkt. Auch die ausgeklügelte Technik der Wasserspiele, die faszinierende Sagenwelt der antiken Göttinnen und Helden oder der



Foto: djd/Schloss Hellbrunn/Auer

Das Schloss Hellbrunn in Salzburg ist als Ort des Vergnügens und der Erholung schon seit Jahrhunderten bekannt



Foto: djd/Schloss Hellbrunn/Auer

Das überlebensgroße Einhorn ist nicht nur bei Kindern der Star der Dauerausstellung im Schloss Hellbrunn

Blick hinter die Kulissen des Schlosses bieten weitere unvergessliche Einblicke. Zum Abschluss des Schlossbesuches lässt es sich im weitläufigen Schlosspark mit seinen Beeten, Wiesen und Fischteichen entspannen, während der Nachwuchs auf dem Abenteuerspielplatz nach Herzenslust toben kann. Sehenswert sind auch die Kunstinstallationen des „SkulpturenPark Hellbrunn“. Das Motto „Aller guten Dinge sind drei“ gilt bei den Tickets von Hellbrunn. Im Preis enthalten sind der Besuch der Wasserspiele und der Schlossausstellung jeweils mit Audioguide sowie die Besichtigung des Volkskundemuseums im nahen Monatsschlössl. (djd) ■



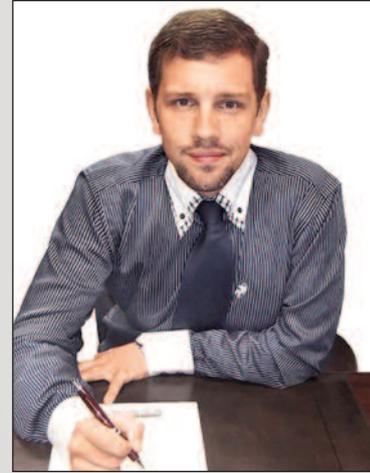
Foto: djd/Schloss Hellbrunn/Doris Wild

Die weltbekannten Wasserspiele von Schloss Hellbrunn

## Attraktive und hochwertige Ferienwohnungen an der Nordseeküste in Norden und Norddeich

Lassen Sie sich von der Schönheit der deutschen Nordseeküste verzaubern und tun Sie Ihrer Gesundheit etwas Gutes! Nicht nur für Erwachsene bieten sich hier zahlreiche Möglichkeiten! Auch für Senioren und Kinder bietet die Nordsee Abwechslung und zahlreiche Freizeitmöglichkeiten! Wir sind sicher, hier ist für jeden Geschmack etwas dabei.

Sie sind auf der Suche nach einer idealen Ferienimmobilie an der ostfriesischen Nordsee? Kayser Immobilien bietet Ihnen viele stilvolle und luxuriöse, aber auch gemütlich eingerichtete Ferienwohnungen und Ferienhäuser in attraktiven Lagen. Ob zu zweit oder mit der ganzen Familie, in Strandnähe, ruhig gelegen oder zentral, wir haben garantiert die passende Ferienwohnung für Sie. Und wenn Sie zu ganz bestimmten Jahreszeiten Urlaub machen möchten, dann sind unsere Sonderangebote genau das Richtige für Sie. Sprechen Sie uns an. Wir helfen Ihnen gern weiter.



Christian Kayser

## Unser Portfolio umfasst über 70 Ferienobjekte.

### Aus unserer Programmvierfalt:

	max. 2 Pers. 1 Schlafzimmer 5 Sterne (DTV) <b>ab 60,00 Euro/Nacht</b>	<b>Ferienwohnung Anita I Erdgeschoss</b> <b>Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen</b> 
	max. 4 Pers. 2 Schlafzimmer 5 Sterne (DTV) <b>ab 69,00 Euro/Nacht</b>	<b>Ferienwohnung Anita II Erdgeschoss</b> <b>Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen</b> 
	max. 4 Pers. 2 Schlafzimmer 5 Sterne (DTV) <b>ab 69,00 Euro/Nacht</b>	<b>Ferienhaus Anita V</b> <b>Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen</b> 

### Aus unserem Immobilienangebot:



Luxuriöse Zwei-Zimmer-Wohnung mit Wintergarten und vielen Extras in sehr beliebter Lage von Norden!

**299.000,- Euro**



Sehr gepflegtes Wohnhaus mit Einliegerwohnung und integrierter Garage! Auch als Mehrgenerationenhaus!

**559.000,- Euro**

Alle Objekte unter [www.kayser-norddeich.de](http://www.kayser-norddeich.de)

#### Unser Kontaktdaten

Kayser Immobilien  
 Westlinteler Weg 71, D-26506 Norden  
 Telefon: 04931 - 6791, Telefax: 04931 - 15791  
 E-Mail: [service@kayser-norddeich.de](mailto:service@kayser-norddeich.de)

#### Unsere Bürozeiten

Montags bis Freitags 08:00 Uhr – 18:00 Uhr  
 Samstags: 09:00 Uhr – 13:00 Uhr  
 und nach Vereinbarung

**MUST HAVE** FÜR IHR BUSINESS:  
PERSÖNLICHER  
**SERVICE**  
INKLUSIVE

NUTZEN SIE DIE EINZIGARTIGEN DIENSTLEISTUNGEN  
DER **ProtectMe**® CARD UND  
PROFITIEREN SIE GLEICH MEHRFACH

WEITERE INFOS UNTER **WWW.SANTOS.DE**

